

MEINE WOCHEN IM LANDTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

Streiks sind ein legitimes Mittel der Gewerkschaften, um ihre Ziele durchzusetzen. Doch was wir aktuell im deutschen Zugverkehr erleben, ist eine unvorstellbare Zumutung für sämtliche Fahrgäste. Wegen unterbrochener Lieferketten drohen darüber hinaus erhebliche wirtschaftliche Folgeschäden. Anstatt die Eskalationsspirale mit rekordverdächtig langen Arbeitsniederlegungen immer weiter zu drehen, müssen Gewerkschaft und Bahn schnellstens an den Verhandlungstisch zurückkehren. Auch eine Schlichtung durch Dritte darf jetzt kein Tabu mehr sein!

Perspektivisch ist der Bund gefordert, die rechtlichen Weichen für mehr Zuverlässigkeit im Bahnbetrieb zu stellen. Welche Regeln es nach unserer Überzeugung braucht, damit die berechtigten Interessen Einzelner nicht zur Belastungsprobe für Viele werden, haben wir diese Woche in unserem Dringlichkeitsantrag zum Plenum dargelegt – mehr dazu auf Seite 3!

Darüber hinaus haben wir die Ampel-Regierung diese Woche abermals aufgefordert, endlich die Abwicklung der Corona-Hilfen zu beschleunigen. Es kann nicht sein, dass Bürgerinnen und Bürgern nach überstandener Corona-Pandemie nun abermals finanzielle Nachteile durch die schwierigen Auszahlungsmodalitäten entstehen – mehr dazu auf Seite 4!

Ich wünsche Ihnen wieder viel Freude beim Lesen!

Ihr Heimatabgeordneter

Felix von Zobel



MEINE HIGHLIGHTS

SEITE 2:
MEIN REDEBEITRAG
IM LANDTAG

SEITE 3:
UNSER
DRINGLICHKEITS-
ANTRAG: KLARE
REGELN FÜR STREIKS!

SEITE 4:
CORONA-
WIRTSCHAFTSHILFEN:
UNTERNEHMEN
MEHR ZEIT GEBEN!

SEITE 6:
UNSERE SOCIAL
MEDIA-BEITRÄGE

RÜCKBLICK

Corona-Wirtschaftshilfen: FREIE WÄHLER-Fraktion fordert vom Bund schnellen und unbürokratischen Abschluss

Zobel: Unternehmen mehr Zeit geben – Prüflintensität massiv reduzieren

München. Am 31. März endet die vom Bund gesetzte Abgabefrist für die Schlussabrechnungen der Corona-Wirtschaftshilfen. Wegen der vom Bundeswirtschaftsministerium festgesetzten ausufernden Prüfanforderungen haben Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und weitere Prüfende Dritte jedoch große Schwierigkeiten, diese Frist einzuhalten. „Bei Überschreitung droht den Unternehmen eine automatische Rückforderung der ausbezahlten Hilfgelder – nebst zusätzlicher Zinsen. In der Corona-Krise gerettete Betriebe könnten dadurch erneut in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Mittels Dringlichkeitsantrag im Plenum fordern wir vom Bund daher, eine **schnelle und unbürokratische Überprüfung der Schlussabrechnungen zu ermöglichen**. Zudem muss die Abgabefrist deutlich verlängert werden. Ich danke Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, der unseren Standpunkt gegenüber dem Bund klar macht“, betont **Felix von Zobel**, steuerpolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion.

Die umfassende Prüfung der Schlussabrechnungen verursache einen enormen Aufwand – auch bei den Bewilligungsstellen. „Das belastet den Staatshaushalt in erheblichem Maße. Anstatt Unternehmen und Prüfenden Dritten mit Misstrauen zu begegnen, muss das Prüfverfahren schnell, pragmatisch und unbürokratisch zum Abschluss gebracht werden“, so **von Zobel** weiter.



Dazu müsse der Bund die erforderlichen Rahmenbedingungen schaffen. „Zum einen muss er die **Abgabefrist für die Schlussabrechnungen deutlich verlängern**, zum anderen muss er die **Prüflintensität massiv reduzieren** – insbesondere bei kleinen und mittleren Fördervolumina. Zudem ist das Verfahren für Rückfragen der Bewilligungsstellen so zu gestalten, dass **Prüfende Dritte nicht unnötig belastet** werden“, fasst der Landtagsabgeordnete zusammen.

Mit den Corona-Wirtschaftshilfen sind von 2020 bis 2022 **weit über zehn Milliarden Euro an mehr als 400.000 Antragssteller im Freistaat geflossen**. Der Bund hat die Mittel zur Verfügung gestellt, aber die Länder übernehmen die Abwicklung und tragen die Kosten. „Die Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern hat als bayerische Bewilligungsstelle einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung der wirtschaftlichen Substanz in den Unternehmen geleistet – dafür danken wir ihr ausdrücklich“, so **von Zobel** abschließend.

[Hier](#) findet Ihr das Video zu meinem Redebeitrag im Landtag.

Unser Dringlichkeitsantrag: Klare Regeln für Streiks!

Das Streikrecht in Deutschland ist ein hohes Gut und unsere Gewerkschaften sind wichtige Institutionen, um hunderttausenden Arbeitnehmern angemessene und faire Arbeitsbedingungen zu sichern. Als FREIE WÄHLER-Fraktion erkennen wir das Streikrecht als legitimes Mittel gewerkschaftlicher Druckausübung ausdrücklich an und wollen deshalb an der Koalitionsfreiheit im Grundgesetz festhalten. **Dennoch müssen wir in der aktuellen Situation gegensteuern, damit eine unverhältnismäßige Belastung von Bevölkerung und Wirtschaft abgewendet wird.**

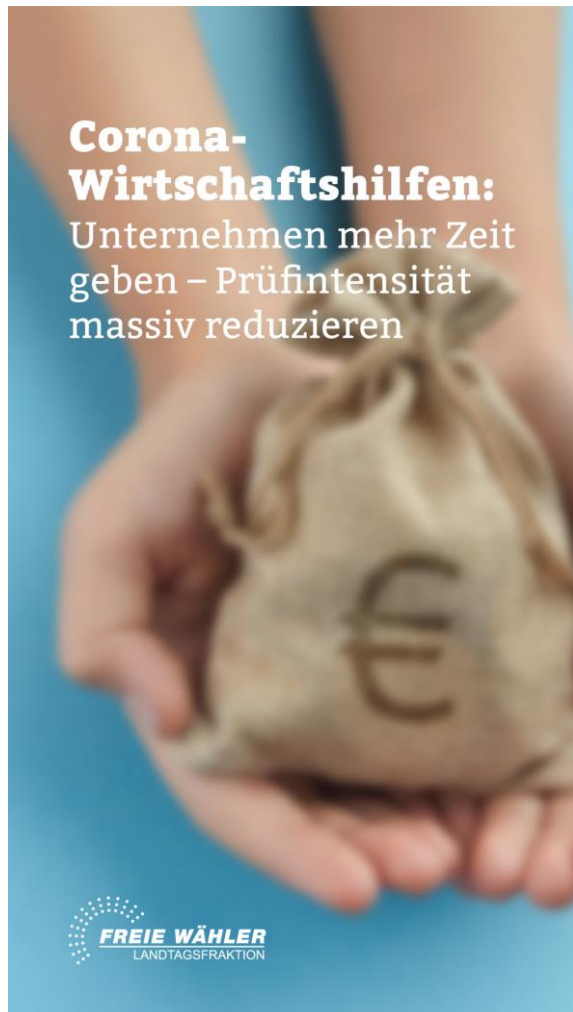
Die Streiks bei der Bahn sind für uns nur ein Beispiel, wie durch Arbeitsniederlegungen zentrale Teile der Infrastruktur unseres Landes außer Funktion gesetzt werden können. Betroffen sind zum einen die Fahrgäste, die auf diese Verkehrsmittel angewiesen sind. Zum anderen aber auch die Wirtschaft, die auf reibungslose Lieferketten angewiesen ist. Die Schäden, die der deutschen Wirtschaft dadurch zugefügt werden, sind enorm – auch das Image Deutschlands als zuverlässiger Wirtschaftspartner mit solider Infrastruktur im Herzen Europas wird so zunehmend beschädigt.

Deshalb haben wir diese Woche mittels Dringlichkeitsantrag Änderungen am Streikrecht gefordert, um die aktuell schwierige wirtschaftliche Lage nicht weiter zu verschlimmern. Konkret wollen wir, dass in Bereichen der Daseinsvorsorge ein Schlichtungsverfahren vor jedem Streik obligatorisch ist. Eine Mindestversorgung muss in Bereichen der zentralen Infrastruktur jederzeit sichergestellt werden. Dazu fordern wir eine verpflichtende Ankündigungsfrist von vier Tagen, sollte eine Schlichtung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer erfolglos bleiben. Ziel muss ein fairer Ausgleich zwischen den Interessen von Streikenden und Betroffenen sein.

Uns als FREIE WÄHLER-Fraktion geht es darum, arbeitsrechtlich sowie gesamtgesellschaftlich vertretbare Leitplanken zu formulieren, damit die Gesellschaft und die Wirtschaft nicht unverhältnismäßig in Mitleidenschaft gezogen werden. Keinesfalls wollen wir den Streikenden in Deutschland das Recht nehmen, Druck auf ihren Arbeitgeber auszuüben. Doch es muss vermieden werden, dass durch die berechtigten Interessen Einzelner der gesamten Gesellschaft sowie Wirtschaft erhebliche Nachteile entstehen.

Mehr [HIER](#).

Corona-Wirtschaftshilfen: Unternehmen mehr Zeit geben – Prüflintensität massiv reduzieren



Bislang galt: Am 31. März endet die vom Bund gesetzte Abgabefrist für die Schlussabrechnungen der Corona-Wirtschaftshilfen. Wegen der vom Bundeswirtschaftsministerium festgesetzten ausufernden Prüfanforderungen haben Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und weitere prüfende Dritte allerdings große Schwierigkeiten, diese Frist einzuhalten. Bei Überschreitung droht den Unternehmen eine automatische Rückforderung der ausbezahlten Hilfgelder – nebst zusätzlicher Zinsen.

Die Folge: In der Corona-Krise gerettete Betriebe könnten dadurch erneut in Zahlungsschwierigkeiten geraten. **Mittels Dringlichkeitsantrag haben wir deshalb vom Bund gefordert, eine schnelle und unbürokratische Überprüfung der Schlussabrechnungen zu ermöglichen.**

Denn die umfassende Prüfung der Schlussabrechnungen verursacht einen enormen Aufwand – auch bei den Bewilligungsstellen. Das belastet den Staatshaushalt in erheblichem Maße. Zudem muss die Abgabefrist für die Schlussabrechnungen deutlich verlängert werden.

Am Donnerstagabend hat uns dann die erfreuliche Nachricht ereilt: **die Frist zur Einreichung der Schlussabrechnungen der Corona-Hilfen wird seitens des Bunds letztmalig bis zum 30. September 2024 verlängert!** Ein großer Erfolg, für den wir uns gemeinsam mit Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger seit Wochen eingesetzt haben!

Weitere Infos [HIER](#).

Kliniken in Not: Auskömmliche Finanzierung der Krankenhäuser auf dem Land sicherstellen!

Eine Vielzahl der bayerischen Kliniken leidet unter massiver Finanznot. Grund dafür sind zumeist Kostensteigerungen, die von der Krankenhausfinanzierung des Bundes nicht ausgeglichen werden. Das Ergebnis zeigt sich in einem kalten Strukturwandel mit immer mehr Insolvenzen unter den Kliniken in Bayern. Sie sind in erheblichem Umfang auf die Kommunen angewiesen, die die teils massiven Defizite der Häuser ausgleichen. **Es kann aber nicht sein, dass wieder einmal die ländliche Bevölkerung die Zeche für die Sparpolitik der Bundesregierung zahlen darf.** Die Ampel muss endlich eine auskömmliche Betriebskostenfinanzierung der Krankenhäuser auch im ländlichen Raum sicherstellen. **Denn die bestmögliche medizinische Versorgung darf nicht nur Menschen in Ballungsräumen zur Verfügung stehen.** Das gilt besonders für Notfälle! Bei der Krankenhausplanung muss die Wohnortnähe zur nächsten Klinik deshalb eine entscheidende Rolle spielen. Mehr [HIER](#).



SOCIAL MEDIA-BEITRÄGE

#FraktionImGespräch mit... dem Bund der Kriminalbeamten

Diese Woche haben sich unsere Abgeordneten Roland Weigert, Wolfgang Hauber und Bernd Heinisch zum Austausch mit dem Bund der Kriminalbeamten getroffen. Dabei standen einige ernste Themen auf der Agenda – darunter: eine monetäre Zulage für Beamtinnen und Beamte, die im Deliktsbereich des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen tätig sind.



Darüber hinaus forderten die Vertreter die Schaffung neuer Tarifstellen für Kriminalassistenten zur Unterstützung der Kripo. Ein

weiterer Schwerpunkt war die Rolle sowie die Vorbereitung der Polizei im Verteidigungsfall. Zur kompletten Bildergalerie geht's [HIER](#).

Foto: FREIE WÄHLER Landtagsfraktion.



Unser neues Videoformat #StreiblsStandpunkt: Klare Regeln für Streiks!

Wir als FREIE WÄHLER-Fraktion erkennen das Streikrecht als legitimes Mittel gewerkschaftlicher Druckausübung ausdrücklich an. Dennoch müssen wir in der aktuellen Situation gegensteuern, damit eine unverhältnismäßige Belastung von Bevölkerung und Wirtschaft abgewendet wird. [HIER](#) geht's zum neuen Videoformat #StreiblsStandpunkt.

Folgen Sie uns:

 <https://twitter.com/fwlandtag>

 <https://www.facebook.com/fwlandtag>

 <https://www.instagram.com/fwlandtag/>

 **YouTube** <https://www.youtube.com/@fwlandtag>

 <https://www.threads.net/fwlandtag>

Wenn ihr weiterhin auf dem neusten Stand sein möchtet, dann folgt mir gerne auf meinem Instagram-Account unter folgenden Link, um noch mehr Informationen über meine Arbeit zu erhalten:

 **Felix von Zobel (@felixzobel)**

Wenn ihr wollt, dann folgt mir ebenfalls gerne auf meinem Facebook - Account:

 **Felix von Zobel | Facebook**

Weitere Informationen erhaltet ihr ebenfalls auf meiner Homepage

www.mdl-felixvonzobel.de

Ich wünsche Ihnen eine schöne Woche. Bitte bleiben Sie gesund!

Ihr Heimatabgeordneter Felix von Zobel

Impressum

Abgeordnetenbüro Felix von Zobel

Neue Str. 28

97299 Zell a. Main

E – Mail: abgeordnetenbuero.zobel@fw-landtag.de

Homepage: www.mdl-felixvonzobel.de
